

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 85 846-48 ppbn d



## Inhalt

Dr. Klaus von Dohnanyi  
MdB, Staatsminister im  
Auswärtigen Amt, umreißt  
die Leitlinien der deut-  
schen Präsidentschaft in  
der Europäischen Ge-  
meinschaft.

Seite 1/2

Klaus Matthiesen MdL  
(SPD), Oppositionsführer  
im schleswig-holsteini-  
schen Landtag, fordert  
die SPD zu mehr Dialog  
mit den Hochschulen auf.

Seite 3

Heide Simonis MdB be-  
klagt den Mißbrauch der  
Frauen als kaufluststel-  
gernde Medien auf Illu-  
strierten-Titeln.

Seite 4

Hans-Jürgen Augstein  
MdB spricht sich für  
eine Verlegung der Sire-  
nen-Probealarme aus.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 123

30. Juni 1978

Die Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft

-----  
Wichtige Phase der Europäischen Gemeinschaft im Vorfeld  
der Direktwahl

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB  
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Am 1. Juli dieses Jahres übernimmt die Bundesrepublik  
Deutschland zum siebten Mal die Präsidentschaft in der  
Europäischen Gemeinschaft für die Dauer eines halben Jah-  
res. Vorangegangen sind uns die Dänen, die es unter ihrem  
Außenminister Andersen in geschickter Weise verstanden ha-  
ben, Europa durch die Entscheidung wichtiger Sachfragen  
voranzubringen. Nachfolgen wird uns eine französische Prä-  
sidentschaft. Wir werden den Übergang zu ihr ebenso sorg-  
fältig abstimmen, wie wir dies mit den Dänen getan haben.

Die deutsche Präsidentschaft steht also in der Kontinuität  
des gemeinschaftlichen Entwicklungsprozesses. Wir sind  
engagierte Europäer, nicht nur während der Präsidentschaft  
in der EG. Wir sehen deswegen in der Präsidentschaft weni-  
ger einen Anlaß zu spektakulären Öffentlichkeitsinitiativen,  
als die Verantwortung, dringlich anstehende Fragen im euro-  
päischen Interesse zu entscheiden. Dies meinen wir, wenn  
wir von einer "Präsidentschaft der Entscheidungen" sprechen.

Schwerpunkte unserer Präsidentschaft im institutionellen  
Bereich werden sein die Erweiterung der Gemeinschaft und die  
Vorbereitung der Direktwahl:

## Engagierte Wissenschaft als Partner sozialdemokratischer Politik gewinnen

## Neuer Dialog der SPD an den Hochschulen

Von Klaus Matthiesen MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein

Das Beispiel von Peter Glotz hat Schule gemacht: Auch in anderen Universitäten haben sich, wie an der Freien Universität Berlin, Sozialdemokraten auf den mühsamen Weg gemacht, die zum Teil selbstverschuldete Entfremdung verantwortlicher Politiker zu einer ganzen Studentengeneration durch eine Strategie des Dialogangebotes aufzubrechen.

Aber das Verhältnis der SPD zur Hochschule weist noch eine andere blinde Stelle auf: Die Selbstabkoppelung sozialdemokratischer Politik von der wissenschaftlichen Diskussion. Ursache dafür mögen in gleicher Weise fehlgeschlagene personelle Experimente und wissenschaftliche Gutachten wie die der sogenannten fünf Weisen zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik sein, deren einseitig an Unternehmerinteressen orientierten Vorschläge zur Wirtschaftspolitik viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter auf Distanz zu politischen Ideen und Vorschlägen aus dem Bereich der Wissenschaft gehen ließen.

Diese Distanz betrifft sicher nicht in dem Maße die administrative Ebene der Regierungspolitik. Aber auf den verschiedenen Organisationsebenen der Partei selbst gibt es keine Konfrontation, keinen Dialog politischer Willensbildung mit den Ideen und Vorschlägen gesellschaftspolitisch engagierter Wissenschaftler. Dabei wächst in der Hochschule zum Teil die Bereitschaft, sich und seine Kenntnisse für die Lösung gesellschaftlicher Probleme einzubringen. Wissenschaftler im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin entwickelten die Konzeption eines staatlichen Programms zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung bis 1985. Eine Gruppe von anderen Wissenschaftlern um den Berliner Politologen Peter Grottian berechnete Modelle einer kostenneutralen Ausweitung des öffentlichen Dienstes und setzte in Eigeninitiative gleich ein Modell ihrer Vorschläge in die Praxis um: Sie verzichteten auf zehn Prozent ihres Einkommens und finanzierten damit Arbeitsplätze für Kollegen. Ein Memorandum von 130 Wirtschaftswissenschaftlern übte scharfe Kritik am Sachverständigenrat und machte alternative Vorschläge für eine stärker beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik.

In ihrem dritten Malenter Gespräch am vergangenen Wochenende hatte deshalb die schleswig-holsteinische SPD zum Dialog über Fragen einer alternativen Beschäftigungspolitik zwischen dem Landesverband und Vertretern des DIW und der Berliner Professorengruppe eingeladen. Ein Gespräch und eine Auseinandersetzung, die von beiden Seiten als Herausforderung verstanden wurde, solche Gespräche fortzusetzen. Fazit für uns als Partei: Wir sollten diejenigen in der Hochschule, die bereit sind, mit uns gemeinsam über bisher ungelöste politische Probleme nachzudenken, auf breiter Ebene an unserer politischen Meinungsbildung beteiligen. (-/30.6.1978/vo-he/hgs)

- In der Beitrittsfrage wollen wir die Verhandlungen mit Griechenland in diesem Jahr zu Ende bringen, die mit Portugal im Herbst aufnehmen und über die Eröffnung der Verhandlungen mit Spanien beschließen. Wir führen diese Verhandlungen in der Absicht, die südeuropäischen Demokratien politisch und wirtschaftlich in die Solidarität der Gemeinschaft aufzunehmen und so die Position der Gemeinschaft in Europa und der Welt zu stärken.
- In der Frage der Europawahl haben inzwischen alle Mitgliedstaaten ihr Ratifikationsverfahren abgeschlossen. Ein formeller Ratsbeschluß über den Wahltermin (geplant 7. bis 10. Juni 1979) wird nach der Konsultation des Europäischen Parlaments ergehen. Wir sehen unsere Aufgabe in einer intensiven politischen Arbeit mit dem Ziel einer möglichst breiten Wahlbeteiligung. Auch zu diesem Zweck wird die Bundesregierung intensive Kontakte zum Europäischen Parlament unterhalten und so bereits im Vorfeld der Wahl die Rolle des Parlaments unterstreichen.

Beim inneren Ausbau der Gemeinschaft geht es uns darum, das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion, d.h. die Konvergenz der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Mitgliedstaaten, zu fördern. Der Europäische Rat in Bremen am 6./7. Juli kann hier mit der Verabschiedung einer gemeinsamen Strategie einen entscheidenden Schritt voranführen.

Im Bereich der Außenbeziehungen steht für uns neben dem Abschluß der Verhandlungen über die Regeln der Weltwirtschaft (GATT) die Verhandlungsrunde über die Erneuerung der Beziehungen zu den uns historisch besonders verbundenen Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik (AKP-Staaten, Konvention von Lomé) im Vordergrund. Die bisherigen Erfolge dieses Modells einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind: Die Gemeinschaft hat gerade in den Staaten der Dritten Welt auf diese Weise erheblich an Gewicht gewonnen.

In der europäischen politischen Zusammenarbeit werden wir die gemeinsame Arbeit im Bereich der Entspannungs- und Sicherheitspolitik in Europa (KSZE), der Afrikapolitik, der Nahostpolitik sowie die Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen, insbesondere in den Vereinten Nationen, fortsetzen und vertiefen. Die Gemeinschaft wird sich insbesondere verstärkt um eine umfassende Afrikapolitik bemühen müssen.

In all diesen Punkten wird es Leitlinie unseres Verhaltens sein, in den anstehenden Sachfragen auf dem Wege zur Einheit Europas zu konstruktiven Kompromissen zu gelangen und so die Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaft zu stärken. Nur im Kompromiß werden wir unserem Ziele nahekommen, in der EG eine Solidargemeinschaft der europäischen Demokratien und damit einen friedenssichernden Faktor in Europa zu schaffen.

(-/30.6.1978/vo-he/hgs)

Nichts gegen einen nackten Po  
-----

Aber Frauen dürfen nicht länger als kaufluststeigernde Medien eingesetzt werden

Von Heide Simonis MdB

Was noch vor einigen Jahren bestenfalls unter dem Ladentisch erstanden werden konnte, kann heute mit jeder Normal-Illustrierten am Kiosk wohlfeil gekauft werden: Nackedeis, viertel-, halb- oder auch ganz entblättert, zieren Woche um Woche die Titelseiten mehr oder weniger seriöser Illustrierten, mal gestochen scharf, mal mit Weichmacherlinse "künstlerisch aufgepoppt", immer aber eindeutig zum Anreizen, Anreißen, Anregen und Aufregen.

Nun wäre ab und an gegen einen nackten Po oder blanken Busen nichts einzuwenden, - schon gar nicht in unserem ach so liberalen Jahrhundert - wenn diese in guter Mischung mit anderen Titelseiten erschienen (oder, man verzeihe diese Bemerkung, wenn auch ein wohlgestalteter Männerpo interessierte Augen erfreute). Aufmerksam und schließlich irritiert wird man jedoch, wenn nur noch nackte Mädchen als kaufluststeigerndes Medium eingesetzt werden. Frauen als "normale Wesen", die arbeiten, Kinder großziehen, lieben, leiden, glücklich oder auch unglücklich sind, Frauen, die gewiß nicht prüde sind, aber auch nicht glauben, daß ihr Wert als Mensch mit Schmolmund und in der Öffentlichkeit fallende Hüften steigt, solche Frauen existieren bei den Herstellern und Vertreibern solcher Fotos nicht.

Dagegen wollen nun einige Frauen klagen. Angeregt und angeführt von Alice Schwarzer wollen sie erreichen, daß Fotos, die Frauen als Ware, als nichtemanzipiertes Hochglanzwesen zeigen, in Zukunft unmöglich sind. Doch kann man mit Klagen vor einem mit Männern besetzten Gericht in einer durch Männer beeinflussten Öffentlichkeit Bewußtsein so ändern, daß nicht Sexyfotos an sich, sondern die Vermarktung der einen Hälfte der Menschheit - der jüngeren und hübscheren notabene - angegriffen werden? Diese Titelfotos werden ja nicht gegen den ausgesprochenen Willen der Mehrheit der Käufer gemacht, sondern mehr oder weniger in Übereinstimmung mit bewußten oder unbewußten männlichen Vorstellungen darüber, wie Frauen zu sein haben.

Dies zu ändern bedeutet, sich in vielen Bereichen Gedanken darüber zu machen, wie solche Bewußtseinsänderungen bewirkt werden können: Vom Aufbrechen der alten Rollenklischees, die in Schule und Kindergarten eingeübt werden, bis hin zu Gesetzesänderungen, die der geänderten Rolle der Frau in unserer Gesellschaft endlich Rechnung tragen. Wenn nämlich nur die Bilder verschwinden, in den Köpfen aber alles beim alten bleibt, ist noch nichts gewonnen. Ich bin daher skeptisch, ob diese geplante Klage der richtige Weg ist, verstehtliche aber, wenn sich Frauen dagegen empören, kühl ins Kalkül auflagesteigernder Zeitungsmanager einbezogen zu sein.

(-/30.6.1978/vo-he/hgs)

+

+

+

Auch Schichtarbeiter wollen gut schlafen  
-----

Muß das Sirennennetz wirklich um 10 Uhr erprobt werden ?

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Zweimal in jedem Jahr heulen im ganzen Bundesgebiet nach vorheriger Ankündigung alle Sirenen. Fast alle; denn einige sind defekt. Um herauszufinden, welche und warum, sind diese Probealarme natürlich unerlässlich. Schließlich muß gewährleistet sein, daß im Ernstfall das Sirennennetz intakt ist, damit jeder Bürger vor der drohenden Gefahr gewarnt werden kann.

Aber gibt es denn wirklich keinen anderen Zeitpunkt für das Probegeheul als 10 Uhr vormittags? Die dafür Zuständigen im Bundesinnenministerium sagen: Nein. Und sie führen manche Gründe an. Aber die Schichtarbeiter der Nachtschicht, die bis Mittag schlafen möchten und darauf ja auch ein Recht haben, werden zweimal jährlich un- sanft aus ihrer verdienten Ruhe gerissen. Auch in den Schulen wird der Probealarm als ziemliche Störung empfunden.

Mittags um 12 Uhr geht es nicht, sagt man, weil da ohnehin schon eine Spitzenbe- lastung in der Stromversorgung gegeben sei. Und noch später am Tag sei es aus technischen Gründen nicht möglich. Der Störungsdienst der Post muß nämlich die festgestellten Fehler finden und beseitigen. Dafür brauche er einige Stunden Zeit.

Für teure Überstunden möchte ich natürlich nicht plädieren. Aber ganz sicher ginge die Welt nicht unter, wenn die erforderlichen Arbeiten am nächsten Tag fortge- setzt und beendet würden. Wenn eine Sirene womöglich schon einige Wochen defekt war, dann wird die Sicherheit der Bundesrepublik nicht unverantwortlich aufs Spiel gesetzt, wenn sie dies nach dem Probealarm vielleicht noch 20 Stunden lang bleibt. Angeblich hat doch der Mensch Vorrang. In der Praxis freilich rangieren seine Bedürfnisse oft am Ende.

(/30.6.1978/va-he/hgs)